

Die Ergebnisse aus der Besprechung vom 08. März in Morsbach bestärkten die Verwaltung in ihrer Auffassung, die Einrichtung eines Jugendrates in Reichshof, sofern ein politischer Einrichtungsbeschluss hierzu gefasst würde, über ein offenes Verfahren zu gestalten, auch um den Aufwand in der Verwaltung vor dem Hintergrund des schwer abzuschätzenden Interesses bei der Jugend möglichst gering zu halten.

Unterstellt man, dass eine zielführende Arbeit des Gremiums eine Altersstruktur der Mitglieder erfordert, die eher in der Altersklasse von Schülern der weiterführenden Schulen liegt, würde sich selbst das offene Verfahren für Reichshof einigermaßen aufwendig gestalten:

Bekanntermaßen ist die Struktur der Gemeinde Reichshof durch ihre vier Siedlungsschwerpunkte, jeweils am Rand des Gemeindegebietes, geprägt. Dementsprechend hoch ist die Anzahl von Reichshofer Schülerinnen und Schülern, die weiterführende Schulen in den Nachbarkommunen besuchen.

Somit wäre ein hoher Anteil von in Frage kommenden Schülerinnen und Schülern an ca. fünfzehn weiterführenden Schulen in den Nachbarkommunen Bergneustadt, Gummersbach, Wiehl, Nümbrecht, Waldbröl und Morsbach über Werbeaktionen anzusprechen. Vereinfacht könnte das Verfahren auch mittels eines Anschreibens mit Antwortkarte durchgeführt werden. Hierzu müsste lediglich eine Auswertung aus dem Melderegister erfolgen.

Eine Konzentration auf die Gesamtschule und / oder das Jugendzentrum von vorne herein hingegen würde wohl dazu führen, dass sich auch die Arbeit eines zukünftigen Jugendrates auf den Bereich Eckenhagen fokussieren würde.

Abschließend muss jedoch bei allen Überlegungen darauf hingewiesen werden, dass in der Verwaltung derzeit keine personellen Kapazitäten zur fach- und sachgerechten Betreuung eines Kinder- und Jugendparlamentes zur Verfügung stehen.

3) Rückblick:

Bereits im Jahr 2001 wurde von Seiten der SPD-Fraktion ein Antrag mit folgendem Wortlaut gestellt: „Der Rat der Gemeinde Reichshof begrüßt den Wunsch Jugendlicher nach mehr Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten in unserer Gemeinde und unterstützt die Vorbereitung und Gründung eines Kinder- und Jugendparlamentes.“

Nach Beratung im Rat mit entsprechendem Erweiterungsantrag wurde der SPD-Antrag in den Schul-, Sozial-, Jugend- und Sportausschuss verwiesen.

Nachdem der Antrag im Ausschuss am 26.06.2001 nochmals diskutiert wurde, schloss man sich dem Vorschlag an, dass sich die interessierten Jugendlichen zunächst etwas erarbeiten sollen, um sich dann damit an den Ausschuss bzw. den Rat zu wenden.

Anlagen:

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 03.04.2012
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2001 mit Drucksache Nr. 338
- Auszug aus der Niederschrift zur Ratssitzung vom 26.04.2001
- Auszug aus der Niederschrift des Schul-, Sozial-, Jugend- und Sportausschusses vom 26.06.2001